

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jäger.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post gebolt
vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten
2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einmalige Beitzelle oder deren Raum 25 Bsp. — Kleinan-
zeige 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 241.

Bielefeld-Bethel, Mittwoch, den 15. Oktober 1919.

Jahrgang 1.

In dem rasenden Getümmel
Scheit uns Glaubensheiterkeit;
Sich im Sterben uns den Himmel,
Zeig' uns Jesu Herrlichkeit!

Die Wohnungshot.

Amthlicher Bericht über die Sitzung der Nationalversamm-
lung am 3. Oktober 1919.

D. M. u. m., Abgeordneter: Meine Damen und Herren!
Es war kein Triumphlied, sondern eine Elegie auf
die neue Zeit, die hier die Vertreter der Mehrheits-
parteien und der Herr Minister gesungen haben. Mein
Herr Vorredner erinnerte an vergangene Tage. Gewiß, in
solchem Augenblick schweift die Erinnerung zurück. Man
könnte manches Jahrzehnt, noch weit über zwanzig Jahre
zurückgehen, wo ein Friedrich von Bodel-
schwingh, ein Adolf Stöcker und so viele andere
immer wieder auf die kommende große Not rechtzeitig hin-
gewiesen haben, und wie wenig hat man auf ihre Worte
gehört. Im früheren Reichstag sprachen wir gar manches
Mal hier durchweg auf Grund eines interfraktionellen An-
trags über die Wohnungsfrage. Unser unvergessener
früherer Kollege Jäger war der Vorsitzende des Woh-
nungsausschusses, und ich bedaure es und halte es
auch nicht für einen Vorzug der neuen Zeit, daß wir gegen-
wärtig einen solchen Wohnungsausschuss unter uns nicht
mehr haben. Es würde, glaube ich, die Wohnungsfrage
durchaus geeignet sein, ein sachliches Zusammenwirken der
allerverschiedensten Richtungen möglich zu machen, uns auch
in künftigen Fällen auf eine gemeinsame Interpellation
zu einigen.

Die Not ist von Vierteljahr zu Vierteljahr gestiegen.
In den letzten Jahren vor dem Kriege wurden wenig
Kleinhäuser gebaut. Während des Krieges wurde es
immer mehr unmöglich, Kleinhäuser zu bauen. Heute
behelfen sich die Städte in immer wachsendem Umfang da-
mit, daß sie ihrerseits — es ist eine Notwehr, aber der
Rechtsgrund ist angesichts unserer Verfassung doch mehr
als zweifelhaft — eine Erklärung aushängen:

„Zugzwang verboten“

ein Mittel, das auch wieder viele Schäden in sich schließt.
Nun fragt man sich natürlich: wie soll man weiter-
kommen? Der Herr Unterstaatssekretär Scheidt hat in
Preußen in dankenswerter Weise eine Denkschrift über
die verschiedenen Baumaßen

vorgelegt. Es wäre zu erwägen, ob sie auch uns zugänglich
gemacht werden könnte; denn sie bespricht mancherlei neue
Baumaßen. Zwei Formen sind heute genannt worden:
Lehmbau und Lehmziegelbau. Man könnte insbesondere auch
den Stempelbau denken, der als natürliche Bau-
weise viel Freunde gefunden hat. Ich möchte dabei be-
sonders auf die

Denkschrift von Baurat Siebold „Viventi satis“

hinweisen. Siebold ist vielleicht unser erster
Praktiker des Kleinhäuserbaues und
des Kleinhäuserbaues in der Gegenwart, und
ich möchte dringend wünschen, daß man durch
unverzügliches Zusammenarbeiten mit
solchen Praktikern schneller vorwärts
kommt.

Wir haben heute für das Baugeschäft, das doch in nor-
malen Zeiten jährlich viele Hunderte von Millionen
erfordert, keinerlei

Versuchstation.

Man kann doch unmöglich das Materialprüfungsamt in
Berlin, dessen Versuche immer nur an einzelnen Steinen
oder Steinkörpern gemacht werden, wodurch ein ganz
falsches Bild entsteht, als ein solches Versuchsamt bezeichnen.
Es ist notwendig, die Versuche einwandfrei an eingemau-
erten Steinen und an wirklichen Bauten zu machen; dann
ergeben sich wahrscheinlich ganz andere Schlüsse. Sollte
man da nicht schnell zugreifen und in der Weise, wie es
Siebold vorschlägt, durch eine Reichsgarantie von einer

halben Million es möglich machen, eine gemeinnützige Ge-
sellschaft als Prüfungs- und Beratungsstelle zur Förderung
sparsamer Bauweisen zu bilden? Es handelt sich bei der
Bauweise doch nicht nur, worauf bisher ausschließlich Bezug
genommen worden ist, um die Verbilligung der Mauerwerk-
stoffe, sondern es handelt sich auch sehr stark um den inneren Aus-
bau, wobei auch viel gespart werden könnte. (Sehr richtig!
rechts.)

Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, daß man, was die
Bauweise anbetrifft, zu einer erheblich höheren Wert-
schätzung der Schwemmette gelangt und, was den inneren
Ausbau betrifft, daß man mit dem Typensystem weiter-
kommen würde. Wir müssen möglichst schnell etwas
Praktisches schaffen. Es ist auch heute noch so, daß
der Herr Minister in den meisten Fällen nur von seiner
guten Absicht reden kann, abgesehen von den fünf-
hundert Millionen, die nach den Vorschlägen des alten
Reichstags gewährt werden sollen, mit dem, was von seinen
Länder herkommt, dreihundert Millionen.

Hier liegen bürokratische Schwierigkeiten vor, die
schärfer bekämpft werden müßten, als es bisher geschehen ist.
(Sehr richtig! rechts.)

Ich denke da zum Beispiel an alle die unnötigen
Schwierigkeiten der Bauordnung. Ich weiß sehr wohl, daß
in den letzten Jahren manches gebessert worden ist, daß
manche abgrundtiefe Schäden schon beseitigt worden sind.
Aber trotzdem bestehen hinsichtlich der Bauordnung und hin-
sichtlich der Baupolizei noch so viele bürokratische Schwierig-
keiten, daß man hier wirksamer durchgreifen müßte. Wenn
man sich zum Beispiel Staaten ansieht, — ja warum ist
dann da diese verurteilende breite Straße notwendig gewesen?
Das ist ein Beispiel, das dem Reichsministerium nahe liegt,
und so könnte man Tausende Beispiele anführen.

Es ist zum Beispiel unter Überwindung aller möglichen
Schwierigkeiten, mit viel opfervollen Arbeiten in Weidenau
an der Sieg möglich gewesen, den gemeinnützigen Klein-
hausbau wieder in Fluß zu bringen. Da im letzten Augen-
blick ist es auf einmal nicht möglich, das erforderliche Benzol
zu bekommen, die Benzolgesellschaft hindert wieder alles.
In sehr vielen Fällen sind es an irgendeiner Stelle büro-
kratische Schwierigkeiten, die hemmend und hindernd wirken.
Wenn man da doch ein wenig rücksichtslos vorgehen
würde, um zu helfen! Beim Bochumer Spar- und Bau-
verein — es liegt auch im dringenden Interesse des Ver-
bandes der deutschen Kriegsbeschädigten und Kriegs-
teilnehmer — könnte geholfen werden. Es sind auch da
wieder bürokratische Schwierigkeiten, die der Hilfe entgegen-
stehen. Und wieviel auf diesem Gebiete durch das Wider-
einander und Gegeneinander der Instanzen veräußert worden
ist, darüber sollte man sich nicht zweifelhaft sein. (Sehr
richtig! rechts.)

Es ist kein Zweifel, daß unsere mittelalterliche Städte-
kultur, auch was das künstlerische anbetrifft, mit Millionen
mehr, als in den letzten Jahrzehnten mit der entsprechenden
Aufwendung von Milliarden, geleistet hat. (Sehr richtig!
rechts.)

Ich habe die Empfindung, wenn seinerzeit Bismarck hart
auf die Bürokratie gescholten hat, heutzutage würde sein
Urteil über die Revolutionsbürokratie kein milderer sein.
(Sehr richtig! rechts.)

Auf dem Lande haben wir durch das Siedlungs-
gesetz jetzt mancherlei Möglichkeiten erhalten. Aber es
handelt sich, wenn wir unseren armen Volke helfen wollen,
nicht um Möglichkeiten; es genügt nicht, daß der Minister
sagt: disklutiert ist viel, aber die Ausführung hat zu
wünschen übrig gelassen, sondern es handelt sich darum, daß
wirklich etwas Praktisches geschieht. Ich bin mit dem Herrn
Interpellanten durchaus darin einverstanden, daß auf dem
Lande und ebenso in der Industrie Miet- und Arbeits-
verträge nicht miteinander in Verbindung gebracht werden
dürfen. Daraus folgt aber — das scheint mir eine nicht
unerwünschte Folge zu sein —, daß man nicht dem ein-
zelnen Arbeitgeber zumuten kann, zu bauen, sondern daß
man die gemeinnützigen Gesellschaften in den Vordergrund
stellen muß. Ich habe es seit Jahrzehnten für richtig
gehalten, daß nicht der Arbeitgeber, der mit Arbeitnehmern
geschaffen, sondern der Vermieter ist, der den not-
wendigerweise wieder mit dem Mieter viele Reibungen
hat, zudem im Augenblick, wo ein Streit hinsichtlich des
Arbeitsverhältnisses entsteht, immer auch ein Streit hin-

sichtlich des Mietvertrages ausbricht und dadurch der soziale
Frieden schwer gefährdet wird. Also wenn man aus durch-
aus sozialverständlichen Gründen die gemeinnützigen
Gesellschaften in den Vordergrund stellt, dann sollte man
auch diese Siedlungsgesellschaften in anderer
Weise behandeln, als es bisher von unserer staats-
lichen Bürokratie geschieht. (Schluß folgt.)

Mittellandkanal und Bodenreform.

Von Dr. Nagel, Antlam.

Das preussische Ministerium will sich in allernächster
Zeit über die Linienführung des längst geplanten Kanals
zwischen Hannover und Magdeburg schlüssig werden. Das
ist eine erfreuliche Nachricht, denn damit würde der große
„Mittellandkanal“ vom Niederrhein bis zum Elb-
Obergerbiet endgültig fertiggestellt werden, der ein neues,
wirtschaftlich überaus bedeutsames Bindeglied zwischen dem
Osten und dem Westen Norddeutschlands schaffen soll. Ein
Kanalarbau aber verursacht gewaltige Kosten, und bisher hat
noch jedes derartige Unternehmen die betreffenden Kreise,
Provinzen und Staaten zur Aufnahme drückender Schulden
gezwungen. So kostete der Teltowkanal im Süden Berlins
40 Millionen Mark, die im wesentlichen der Kreis Teltow
aufzubringen hatte, was eine schwere steuerliche Belastung
aller seiner Einwohner, auch derer, die keinerlei unmittel-
baren Vorteil von dem neuen Verkehrsweg genossen, zur
Folge hatte. Bei der neuen Wasserstraße aber werden die
Unkosten naturgemäß noch sehr viel höher sein, weil sie 150
Kilometer statt 40 Kilometer lang sein wird und außerdem
die gegenwärtige Übersteuerung in Rechnung gebracht wer-
den muß.

Ist es nun aber wirklich unvermeidlich, die Steuerkraft
aller Staatsbürger für das große Werk in Anspruch zu
nehmen, oder gibt es vielleicht doch noch eine andere Mög-
lichkeit der Kostendeckung? — Jawohl, die gibt es, und ge-
rade die beim Bau des Teltowkanals gewonnenen Er-
fahrungen können und sollten uns auf den neuen, boden-
reformersischen Weg führen.

Kurz vor der Veröffentlichung der Linienführung
kaufte nämlich eine Terrangesellschaft in Teltow ein An-
wesen von 45 Morgen für 94 000 Mark. Nach drei Jahren
verkaufte sie es weiter für 550 000 Mark an einen Spek-
ulanten, der es seinerseits in einzelnen Stücken, natürlich
auch wieder mit Gewinn, abgeben will. Also ein Gelände
von 45 Morgen erfuhr dadurch, daß der Kanal hindurch
geführt werden mußte, eine Wertsteigerung von 450 000
Mark ohne jede Arbeits- und Kapitalaufwendung des Be-
sitzers! Und so war es überall: ein Streifen von 500
Metern zu beiden Seiten des Teltowkanals hatte vor der
Befanntgabe der Linienführung den Wert von etwa 100,
nach der Vollendung des Kanals aber von 500 Millionen
Mark. Wie spielend leicht hätten doch diese 400 Millionen
unverdienten Wertzuwachs ausgereicht, um die Baukosten
von 40 Millionen zu decken, ja welche gewaltige Überschüß
wäre der Volksgesamtheit verblieben — wenn die damalige
Staatsregierung die Einsicht und den stillen Mut gehabt
hätte, das Anrecht des Staates auf diese von ihm allein
geschaffenen neuen Bodenwerte durchzusetzen! Leider ist
das damals nicht geschehen, weil einmal die Macht der
Bodeninteressenten im alten Staat übergrößer und gleich-
zeitig die öffentliche Meinung gerade über Bodenfragen
und ihre überaus weitreichende Bedeutung noch viel zu
wenig aufgeklärt war. Von der heutigen Volksregierung
aber erwarten wir mit Bestimmtheit, daß sie bei dem jetzt
in Frage stehenden, so sehr viel größeren Projekt des Mittel-
landkanals die Belange des Volkes höher stellt als die von
kleinen, wenn auch kapitalkräftigen Spekulantengruppen.

Auf welche Weise nun der steigende Bodenwert für die
Gesamtheit nutzbar gemacht wird, ob durch eine gerechte
Besteuerung des Bodens nach seinem gemelten Wert, ver-
bunden mit einer sehr hohen Zuwachsteuer oder durch Ent-
eignung eines Geländestreifens von je 500 Metern auf
beiden Ufern des neuen Kanals — natürlich zu dem Wert,
den der Boden vor dem Bau hat — das alles sind nur Fragen
der Zweckmäßigkeit. Die Forderung einer gesunden Volks-
wirtschaft, der sozialen Gerechtigkeit aber ist es, daß die
Grundrente und die Zuwachrente, die an neuen Verkehrs-

Uhren

echt Silber 38,—
Nidel . . . 25,—
Wachstein 10,—
Alles Friedens-
ware.

Uhren-Klinik
Bernh. Diersch
Kienlestr. 7.

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

Langjahr

Abbildungen Nr. 4.50
zum mod. Tange 12.10
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20
von mod. Tange, 20

wegen, und besonders an Kanälen überall und immer ent- steht, und zwar ausschließlich durch die Aufwendungen der Gesamtheit, grundsätzlich als öffentliches Eigentum in An- spruch genommen wird, denn kein Mensch hat ein Recht, arbeits- und risikolosen Gewinn aus der Arbeit seiner Volksgenossen zu ziehen. Wird diese alte Forderung der Bodenreformer nun endlich im deutschen Volksstaat erfüllt, dann sind alle geldlichen Bedenken, die jetzt immer wieder dem unbedingt notwendigen Ausbau unserer Binnenwasser- strassen entgegengehalten werden, gegenstandslos geworden, dann trägt jeder Kanalbau seine eigene Last.

Sobald kommt die Nachricht, daß Adolf Damaskus, der langjährige, hochverdiente Führer der Bodenreform- und Heimstättenbewegung, bei der verfassungsmäßig in Aussicht stehenden Neuwahl des Reichspräsidenten als Kandidat aufgestellt werden soll. — Es wäre ein Segen für unser von Parteileiden zerrissenes Volk, wenn es diesen Mann tatsächlich zu seinem Präsidenten erhöhe, der ihm, in un- antastbarer Neutralität gegenüber allen Parteien, endlich die Versöhnung von Individualismus und Kommunismus eben in der Bodenreform bringen will und kann.

Balkum und Bolschewismus.

Die Entente droht und bittet.

Der deutschen Regierung sind von der Entente zwei Noten überreicht worden, deren Forderungen kaum miteinander in Einklang gebracht werden können. Einerseits droht uns die Entente wegen der Vor- gänge im Baltikum mit der Hungerblockade, auf der anderen Seite bittet sie um unsere Mithilfe bei der Ausübung eines wirtschaftlichen Druckes auf Sowjet- rußland. Diese unsichere Haltung der Alliierten kann nur auf ihre unzweifelhafte Furcht vor einem künftigen Zusammengehen Deutschlands und Rußlands zu- rückgeführt werden, unter der die ganze Politik der Entente zurzeit zu betrachten ist. Die wirtschaftliche Durchdringung des Baltikums durch deutsche An- siedler und Truppen erschien der Entente der Beginn dieser Entwicklung, die sie unter allen Bedingungen zu unterbinden sucht. Note auf Note folgt, um den Mächtig der deutschen Truppen aus dem Baltikum zu erzwingen und das Baltikum für die wirtschaft- liche Ausbeutung durch die Entente, insbesondere durch England freizumachen.

Die letzte Note der Alliierten über die bal- tische Frage

droht mit dem äußersten und auch grau'igsten Druck- mittel, der Blockade. In der Note wird zunächst die Zweckmäßigkeit der von der deutschen Regierung zur Durchführung des Abtransportes der deutschen Truppen aus dem Baltikum eingeleiteten Maßnah- men gebilligt, andererseits sprechen die Alliierten die deutsche Regierung von der Unschuldigung, ihre im Waffenstillstandsvertrage übernommenen „Schonverpflichtungen“ vernachlässigt zu haben, nicht frei. Sie geben sogar noch weiter und äußern den Verdacht, daß die Räumung des Baltikums absicht- lich verzögert worden sei. Sie richten Fragen über das Verbleiben des Generals v. d. Golz an die deutsche Regierung und wollen wissen, warum man den Ge- neral so lange dort gelassen, wieder hingeschickt und, wenn er seinen Instruktionen entgegen gehandelt ha- ben sollte, nicht bestraft oder verabschiedet hat.

Die Note spricht auch von der „Offensive der Deutschen“ gegen Miga, indem sie die deutsch- lettische Zone verlegt, die lettische Stellung mit Panzerzügen, mit Flugzeugen und mit giftigen Gasen angegriffen haben, indem sie weiter Miga bedroht und in Rußland die Bildung einer deutsch-russischen Regierung hervorgerufen haben, die sich der Lokal- regierung feindlich gegenübergestellt hat.

Mit dem Vorschlag einer alliierten Militärmi- sion, die mit der deutschen Regierung die Räumungs- überwachung soll, erklären sich die Alliierten einver-

standen, halten jedoch andererseits an dem Grund- satz der vollen Verantwortung der deutschen Regie- rung in der Ausführung des Abtransportes fest und wünschen die in ihrem Telegramm vom 27. Sep- tember angekündigten Maßregeln in vollem Umfang aufrecht erhalten zu wissen, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit aller wünschens- werten Eile durchgeführt wird.

Diese Maßregeln bestehen bekanntlich darin, daß die Alliierten bis zur Erfüllung ihrer Forderung keinerlei Anträge der deutschen Regierung auf Liefe- rung von Lebensmitteln und Rohstoffen be- rücksichtigen sowie daß sie alle finanziellen Er- leichterungen, die die deutsche Regierung gegen- wärtig bei den Alliierten genieße, oder zu erlangen suche, ablehnen werden.

Blockade gegen Sowjetrußland.

In der zweiten Note fordert die Pariser Frie- denskonferenz die Neutralen und Deutschland zur Teil- nahme an Maßregeln auf, durch die sie das bolsche- wistische Rußland von der übrigen Welt abzusperrten könnten. Die Friedenskonferenz erklärt, sie habe nach Aufhebung der Blockade gegen Deutschland den Staats- angehörigen der alliierten Mächte die Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen mit dem bolschewistischen Ruß- land nicht erlaubt. Nunmehr werden, um die Ab- schnürung wirksam zu machen, Deutschland und die Neutralen um ihre Beteiligung ersucht. Deutschland braucht die meisten der Verbote, die zu diesem Zwecke angeregt werden, u. a. Ausfahrverbot für alle nach einem russischen Hafen zu den Bolschewisten fahrenden Schiffe, Unterbindung des Waren-, Post- und Post- verkehrs usw., eigentlich gar nicht erst ergeben zu lassen. Ein wirtschaftlicher Verkehr mit Sowjetruß- land findet wohl kaum statt und der Postverkehr ist überhaupt unterbunden.

Deutschlands Stellungnahme zu den Entente- Notizen.

Die Reichsregierung hat bis zu diesem Augen- blick zu den beiden Noten der Entente noch nicht Stellung genommen. Das Kabinett hat erst beraten. Bis Reichswehrminister Noske, der nach Oberschlesien

gereist ist, nach Berlin zurückgekehrt sein wird. Da die Antworten und Entschlüsse der Reichsregie- rung von einer ganzen Anzahl wichtiger Momente der inneren und äußeren Politik abhängen, wird es voraussichtlich einige Zeit dauern, bis die Lage geklärt sein wird. Wahrscheinlich wird die Regierung beide Noten beantworten, obwohl die Entente auf die zweite Note gar keine Antwort verlangt.

Keine Belegung Miga.

Die Nachricht von der Belegung Miga durch die „Deutschen“ wird von berufsener flandrischer Seite nicht bestätigt. Die russisch-deutsche Armee soll viel- mehr, wie Clemenceau im französischen Senat aus- führte, von den Letzten geschlagen worden sein. Der Führer der russischen Westarmee Oberst Alaloff ver- merkt behauptet bereits, daß sich sein Vorgehen nicht gegen die Letzten richte, sondern diese vielmehr zu ge- meinsamer Abwehr der Bolschewisten auf und erjucht, ihn den Durchmarsch zur Bolschewistenfront freizu- geben. Unter der Armee Vermonds befinden sich zweifellos viele deutsche Ueberläufer, und, wie es scheint, ist auch die Eisen Division unter Major Reichhoff zu ihr übergetreten. General v. d. Golz ist auf dem Wege nach Berlin: hier wird er der alliierten Kommission berichten können, daß es für die deutsche Regierung einfach unmöglich ist, die Be- setzung des Baltikums bei den über weite Strecken des Baltikums zerstreuten ehemals deutschen und jetzt in russischen Diensten stehenden Truppen mit Erfolg durchzuführen.

Note Rosen.

Erlebtes.

Von Anna Lydia von Kennenlampff.

(Schluß.)

Mit väterlichem Stolz und Wohlgefallen betrachtete der alte Herr sein schönes Kind, das die neue, so kostspielige und doch so einfache Toilette ausgezeichnet kleidete. Sie hielt schon den Strauß langstieliger roter Rosen in den feinen Händen und um ihre Lippen spielte ein glückliches Lächeln, während in den dunklen, strahlenden Augen noch ein anderer, schwer zu bestimmender Ausdruck stand. War es etwas Neugier? War es ein ahnendes Bangen —?

Herr Kersten küßte sie auf die bleiche Wange, ganz vor- sichtig, um Hut und Haar nicht zu gefährden. — „Mein Stolz, du — und mein Glück! Nach aller Entehrung und Knechtung nun endlich ein Tag der Freiheit und der Freude und Ehre. Wie lange werden wir daran zurückdenken ... Aber weißt du auch deinen Spruch?“

Herr Kersten gab ihm lächelnd das Blättchen und ließ sich noch einmal überhören. Dann reichte der Vater ihr ritterlich den Arm und führte sie nach dem Festplatz. Hier hatte sich unterdessen alles versammelt: Militär, Obrig- keiten und Publikum. Frau von Alten-Neuhof und Benita hatten vorzügliche Plätze, dicht neben Fräulein Kersten, und aus dem Fenster des dahinter befindlichen Militärzaretts schauten Lärchen und Trudel mit großen, erstaunten, fragenden Augen. Drunten stand auch Papa in einer Gruppe Herren — und da war ja Onkel Alten und Tante Ella und Benita. — Und die liebe Tante Ida war also auch „ange- kommen“, aber von ihren vier Kindern hatte sie niemand mit ... Warum nicht? — Und wie schön das Fräulein Kersten ausah im weißen Kleide mit dem roten Rosen- strauch. „Möchtest du jetzt statt ihrer unten stehen, Bär- chen, und die Rosen halten?“ fragte Tante Treu, die Er- zieherin. Bärchen machte noch größere Augen und schüttelte das Köpfchen.

Ja, und da standen doch die lieben deutschen Soldaten, eine ganze Kompanie, und davor — wahrhaftig, das war

der Onkel Hauptmann Behrends, der abends zuvor von Alten, woher die Kinder kamen, fortgefahren, und wieder von dem lustigen kleinen Onkel Hauptmann abgelöst worden war — dem Onkel Ersatz-Hauptmann, der so viel hin- und herpendeln mußte. Leutnant Wehner hatte ihm neulich einen wunderschön gemalten Orden überreicht zur Belohnung für seinen prompten Erscheinen, auf dem seine und seines Gaudes geplagte Erstling wie auch unzählige be- schwingte Hermesesseln abgebildet waren. Das erzählte Tante Treu der Tante Ida, die zu den Kindern hinaufge- stiegen war.

Und nun begann's! Die Wagen mit dem hohen Herrn und seinem Gefolge waren angekommen — die Trommel wirkte, die Musik spielte und die Ehrenkompanie marschierte im strammsten Schritt an ihrem hohen Chef vor- bei. Hauptmann Behrends kommandierte. O, weh — seine Stimme klang etwas übergesprungen — man konnte die Worte kaum verstehen. Er klagte später, dies sei ihm von einer Gasvergiftung nachgeblieben. Es war ihm sehr fatal. Dem lieben schlichten, vielleicht etwas einseitigen Manne war überhaupt Schicksal und Umgebung nicht hold. — Wenige Monate später farbte sein — ach! so vergeblich ge- flossenes Blut — den Boden Serbiens! — Aber da ver- neigt sich Fräulein Kersten vor dem freundlich und klug dreinschauenden weißhaarigen Prinzen — und bringt ihren Willkommens- und Dankesgruß an. Eine zarte Röte hat ihre sonst bleichen Wangen überhaucht, und sie ist doch ein wenig erregt und schüchtern — die Worte kommen etwas undeutlich von ihren Lippen. Doch dankt der alte Herr in verbindlicher Weise, als er die Rosen aus ihrer Hand entgegennimmt.

So rote Rosen ... es ist die Farbe der Zeit ... Möge sie wieder zur Farbe der Freude werden, die keine blutigen Erinnerungen heraufbeschwört ... Der alte Herr sagt diese Worte nicht, aber sie lassen sich fast aus dem sinnenden Aus- druck ablesen, mit dem er seinen Augenblick die erhaltene Gabe betrachtet. Wenigstens schien es Herr Kersten später, als habe sie ihn so verstanden ...

Die deutsch-französischen Beziehungen.

Die Ratifikation des Friedensvertrages durch den fran- zösischen Senat.

Der französische Senat stimmte dem Versailler Friedensvertrag mit 217 Stimmen bei einer Stim- menthaltung zu. Die Militärabkommen mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen. Der Abstimmung ging eine bedeutende Rede des Ministerpräsidenten Clemen- ceau über das zukünftige Verhältnis zwischen Deutsch- land und Frankreich voraus.

Der Friedensvertrag könne, so führte Clemenceau aus, auch ihn nicht vollkommen befriedigen. Die Vertreter Frankreichs auf der Friedenskonferenz hätten keine Wunder wirken können. Die ungeheure Kata- strophe, die über die Welt hereingekommen sei, habe Millionen von Menschenleben vernichtet. Ganze Län- der seien in das Unglück gestürzt worden. Derartige Ereignisse könnten nicht durch geschriebene Abreden, die man einfach unterzeichnet, beendet werden und man dürfe, nachdem man dies vollbracht habe, nicht einschlafen gehen. Das ganze Leben bestehe aus Wachsamkeit. Zu dieser Wachsamkeit sei auch Frankreich verpflichtet. Die Friedenskonferenz von Haag hätten sich ausgedehnt und als Folge des Krie- ges zu einem Bänderbund ausgewachsen. Der Bän- derbund sei aus dem Krieg heraus geboren worden, der eine solche Unmenge von Leiden gezeugt habe, daß sich die Notwendigkeit ergeben hätte, um den Preis den Versuch zu machen, darüber hinwegzu- kommen. Den Krieg der Deutschen habe Frankreich seit einem halben Jahrhundert erwartet. Die Fran- zosen seien einzig in zwei Gedanken gewesen, einmal darin, diesen Krieg niemals zu provozieren, und an- dererseits hätten sie die Ueberzeugung gehabt, daß, wenn der Krieg käme, sie alle Lasten ertragen müß- ten. Aus diesem Gedanken heraus sei die Allianz mit Rußland entstanden.

Die Aufgabe sei gewesen, den deutschen Mi- litarismus niederzuschlagen. Was die deutsche Ein- heit betreffe, so sei er gewiß kein Anhänger davon. Doch wie hätte er unter dem Vorwand, die deutsche Einheit zu zerstören zu wollen, die Menschenschlägerei fortsetzen dürfen in dem Augenblick, in dem Deutsch- land den Waffenstillstand verlangte. Die Niederlage hätte die deutsche Einheit naturnotwendig stärken müs- sen. Aber die Ereignisse marschierten. Un- glücklicherweise hätten die Franzosen keine Geduld. Die durch den Vertrag geschaffene Lage würde sich in einer Weise entwickeln, die nicht nur von den Deut- schen, sondern auch von den Franzosen abhängige. Frankreich wolle die Deutschen nicht beherrschen. Die Franzosen wollten frei sein, um zu befreien. Die Deutschen aber knechteten sich, um zu knechten.

Die Einheit liege nicht in den Protokollen der Diplomatie, sondern in den Herzen der Menschen. Es liege nicht in der Absicht Frankreichs, in das Herz der Deutschen einzudringen. Was die Frage der Entwaffnung Deutschlands anbetrafte, so müsse er zugestehen, daß zwischen fünf Millionen Soldaten und hunderttausend ein Unterschied sei. Man habe die Militärpflicht gegen die Vorschläge der militä- rischen Sachverständigen beseitigt. Man habe die ganze schwere Artillerie verboten und die leichte Artillerie herabgesetzt. Clemenceau fragte: Glauben Sie, daß die Zukunft des deutschen Regimes ebenso sicherge- stellt ist wie das unrische? Es vollzogen sich in der deutschen Armee Evolutionen, deren Tragweite man nicht voraussehen könne. Aber was er wisse, sei, daß dieser Staat in der jetzigen Weise nicht fort- bestehen könne. Krisen seien unvermeidlich. Wenn man ihn frage, welches die Politik Frankreichs gegen- über Deutschland sei, so antworte er:

Zuerst muß der Friedensvertrag ausgeführt werden.

Das ist der Prüffein. Eine Kommission von 60 französischen Offizieren befindet sich bereits in Ver-

blutige Erinnerungen ... O, mein Gott! mit wievielen dieser roten Rosen sind hier im Land die Gräber über- schüttet worden ...!

Aber noch blaute ungetrübt der Nachhimmel — noch füllte jedes Herz Dank und Freude und frohe Hoffnung. Und nun werden die Herren vorgestellt, sogar Papa wurde einer längeren Unterhaltung vom Prinzen gewürdigt. Trudel und Bärchen hatten noch viel zu sehen — sie sollten später Mama alles erzählen ... und dann kamen die Tanten sie begrüßen. Tante Ella und Benita hielten sie zum Mittag ab. Von dem Platz aber waren plötzlich alle verschwunden: Die Soldaten, die Obrigkeit — der Prinz — das Publikum. Einzelne nur sah man noch hin- und hersehend — manche Gefährten darunter, die keine Freude empfinden zu haben schienen — die finster und drohend blickten: „Unser Tag, wird wiederkommen ...“

Und wie er kam —! Ein halbes Jahr darauf mußten Trudel und Bärchen mit ihrer armen Mama von dem elliatischen Gute flüchten, nachdem der arme Papa, dem die schweren Ergebnisse der vorletzten Jahre das Nervensystem erschüttert hatten, schon vor Monaten in einer Nervenklinik hatte unter- gebracht werden müssen. — Als sie am Gartenzum entlang fuhren, gab es plötzlich Aufenthalt: die ganze Straße war mit Fahrzeugen bedeckt — graue Gestalten umstanden und umgingen sie. Sie kamen aus der Richtung von W., das von ihnen preisgegeben worden und in das um dieselbe Stunde die gefürchteten Bolschewisten einziehen sollten ... über Mamas und Großmamas Wangen tropften Tränen ... Es also nahm man Abschied ... auch von seinem Hoffen, seinem Glauben —? Auch von seiner Liebe —? Nein, Liebe ist stärker als der Tod! Sie trägt Enttäuschung, wenn auch blutenden Herzens — sie ringt sich wieder zum Glauben und Hoffen hinauf ...

Jetzt mußte man eilen, der Aufenthalt kostete einem beinahe den letzten Zug, der noch die Möglichkeit einer Rettung bot. — Ob Bärchen und Trudel ihr Heimathaus je wiedersehen —?

lin. Er-
schaft mel-
Zukunft d-
müsse ma-
Über dar-
arbeiten
um ein
dishes B-
worltid
Deutschlan-
Die Deut-
die Grenz-
gangen.
tadeln kö-
geworfen.
gurt und
dergumt
Preis sel-
weisen.
angenem
Frankreich
hnten M-
seines re-
Abheiman-
er sich
andere
zichtet, al-
gehabt h-
werde he-
beitstakti-
stünden a-
außers de-
Frankreich
Freunde
und sie
Migabe-
ber des
Hilote in
Clemence-
Frankr-
diese, da-
was man
Acht der
Acht, wen-
ben. Cle-
beschlossen
zu lassen

Di-

97.

Ein
aber das
überwies
sozialdem-
geruna
Bericht
Rothschi-
wie Sch-
dem Geb-
um vor-
Hilfswelt
standver-
bilitäten
bau der
Weg a-
wachuna-
tit-Aktie
Abg-
tion
ein une-
geht, m-
gierung
einführe
geanständ-
gierung
unwana
breiten
achtet in
solche W-
mülken
turnen,
müssen

hinweg —
das blut-
an der
man wei-
falt Gesa-
flammen
Brüder h-
später tr-
schlossen
worfen —
—
Mem-
Bater be-
zu den f-
gehehen
nehmen
tum kon-
leinen.
eigenen
Dennoch
einzigen
Gefäng-
deutschen
Prinzen
Deutsche
Herth
Und dein
Als
Heimats-
über der
mit viel
Moffeng
gens W-
Rote
Schre-
Himmel

französischen

... durch den fran-

... dem Versailler

... bei einer Stim-

... mit England

... einstimmig mit

... Abstimmung ging

... Präsidenten Clemen-

... zwischen Deutsch-

... führte Clemenceau

... befriedigten Die

... den Konferenz hatten

... ungeheure Kata-

... gekommen sei, habe

... nicht Ganzes Sän-

... worden Derartige

... schreiebene Altenbo-

... beendet werden

... vollbracht habe,

... ganze Leben bestre-

... schamkeit sei auch

... enstferenzen dom-

... als Folge des Krie-

... machungen Der Bi-

... geboren worden,

... leiden gezeugt habe,

... en hätte, um sich

... darüber hinwegzu-

... habe Frankreich

... erwartet Die fran-

... gewesen, einmal

... provozieren, und an-

... ungung gehabt, daß

... ersten ertragen müß-

... aus sei die Allianz

... deutschen Mi-

... das die deutsche Ein-

... in Anhänger davon

... orwand, die deutsche

... Menschlichkeitsthe-

... id, in dem Deutsch-

... te. Die Niederlage

... twardig starken miß-

... schiederten. Un-

... losen keine Gebuld

... Lage würde sich in

... nur von den deut-

... Franzosen abhäng-

... tigt befriedigen. Die

... zu befreien. Die

... um zu freuchen.

... den Protokollen der

... gen der Menschen.

... Frankreich, in das

... Was die Frage der

... anbetreffte, so müß-

... Millionen Soldaten

... ted sei. Man habe

... schlage der militä-

... Man habe die ganze

... die letzte Artillerie

... Glauben Sie, daß

lin. Er beschränkte heute die wirtschaftliche Herrschaft mehr als die militärische. Wenn man für die Zukunft einen nützlichen Ausgleich haben wolle, dann müsse man die französische Oberherrschaft sicherstellen. Aber damit Deutschland bezahlen könne, müsse es arbeiten. Man müsse niemals vergessen, daß es sich um ein intelligentes, ordnungsliebendes und methodisches Volk handle. Auch die Frage der Verantwortung müsse gelöst werden. Das werde in Deutschland Tatsachen zeitigen, die man nicht lenne. Die Deutschen seien von den Franzosen nur durch die Grenze getrennt. Sie hätten Akte der Gewalt begangen, die die gesamte Menschheit nur einmütig tadeln könne. Deshalb würden mehrere Fragen aufgeworfen, so namentlich die Frage der Wiedergutmachung und der Garantien. Was die Wiedergutmachung betreffe, so hätte man einen festen Preis festlegen wollen. Der sei aber so niedrig gewesen, daß ihn die französischen Parlamente nicht annehmen hätten. Was die militärische Sicherheit Frankreichs betreffe, so sei der Rhein auf seinem linken Ufer neutralisiert und auch auf 50 Kilometer seines rechten Ufers. Was die stetige Befestigung Rheinlands mit den Brückenköpfen betreffe, so hätte er sich dazu nur verstehen können, wenn er nichts anderes hätte erreichen können. Er habe darauf verzichtet, als er die englische und amerikanische Allianz gebildet habe. Die französische wirtschaftliche Lage werde heute und morgen von dem Mangel an Arbeitskräften beherrscht. Hätte man unter diesen Umständen an eine ständige Befestigung des linken Rheinufers denken können? Die Wahrheit sei, daß sich Frankreich bei der linksrheinischen Bevölkerung Freunde schaffen müsse, indem man sie gut behandle und sie gegen den preussischen Despotismus schütze. (1) Was den Völkerbund betreffe, so sehe er Mitglieder des Völkerbundes, die sich gegenseitig mit der Pistole in der Hand betrachteten. Zum Schluß forderte Clemenceau die Franzosen auf, einzig zu bleiben. Frankreich müsse viele Kinder haben. Ohne diese, da könne man in einen Vertikal hineinschreiben, was man wolle, sei Frankreich verloren. Es sei ein Akt der Feigheit, ein Verzicht auf eine notwendige Kraft, wenn man erkläre, man wolle keine Kinder haben. Clemenceau erhielt starken Beifall, und es wurde beschlossen, seine Rede im ganzen Lande anzuschlagen zu lassen.

Die Nationalversammlung.

97. Sitzung. Montag, den 13. Oktober 1919.

Ein Gesetzesentwurf zur Verringerung des Gesetzes über das Brauweinmonopol wird einem Ausschuss überwiesen. Auf der Tagesordnung steht dann eine sozialdemokratische Interpellation über die Preissteigerung im Lebensmittelhandel; verbunden wird damit ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft über die Notstandsversorgung für Ober- und Unterleitung, sowie die Schließung und Abbau der Zwangswirtschaft auf dem Gebiet der Textilindustrie. Der Ausschuss erhebt um vorzugsweise Belieferung der während des Krieges stillgelegten Webereien mit Rohstoffen. Er fordert Notstandsversorgung der heimkehrenden Gefangenen, Zivilinternierten, der Mindebeamteten usw. Der Abbau der Zwangswirtschaft soll unverzüglich in die Wege geleitet werden. Ein parlamentarischer Lebensmittelkommission soll die Liquidation der Reichstextilwirtschaft übernehmen. Abg. Wedder-Oppe (Soz.) befragt die Interpellation. Am Morgen der letzten Massen wird mit Leder ein unerhörter Wucher getrieben. Wenn es so weitergeht, muß es zu einer Katastrophe kommen. Die Regierung sollte die Zwangswirtschaft schleunigst wieder einführen. Ungeheure Mengen an Leder und Lederwaren sind an Polen geliefert worden. Die Regierung sollte zur Zentralisierung der Ausfuhrgehensmaßnahmen schreiben. Für Heberführung von Höchstpreisen müßte der tausendfache Betrag als Strafe angesetzt werden. (Zurufe rechts: Aufhängen!) Nur auf solche Weise kann dem Uebel abgeholfen werden. Wir müssen aus dem Sumpf heraus! Die Schwaßschachtungen, die die hohen Lebensmittelpreise verursachen, müssen aufhören.

Benita Alten führte auch ein allerletzter Zug hinweg — ganz hinweg aus Gegend und Land, in die nun das blutige Grauen seinen Eingang hielt. Aber sie fuhr an der Seite ihres Geliebten, der es möglich gemacht — man weiß kaum wie? Denn er kam aus eigener Gefahr, fast Gefangenschaft — seine Braut vor den auslösenden Flammen zu retten und heimzuholen. Die Eltern und Brüder hatte sie zurücklassen müssen. — Und wenige Wochen später trieb die Leiche des bestialisches auf dem Eise erschossenen Vaters den Fuß hinunter, in den man sie geworfen — und bis zur Stunde ist sie nicht aufgefunden. — Rote Rosen ...

Wenn hatte Hertha Kersten was Böses angetan? Der Vater besaß nicht einmal ein Gut, sie gehörten also nicht zu den sogenannten „geborenen“ Feinden des armen, ausgebeuteten Volkes, das nur sein „Recht“, wie es hieß, zu nehmen kam — und seine Rache. Herrn Kerstens Reichtum konnte auch nicht die Raublust locken, denn er besaß keinen. Genügte aber nicht, daß er sich überhaupt an seinen eigenen Tisch setzen durfte — und eben — „Zurück!“ war —? Dennoch verlornte man ihn diesmal und griff nach seinem einzigen Glück — ergriff Hertha Kersten und warf sie ins Gefängnis ... Hatte sie nicht Rosen — rote Rosen — dem deutschen Prinzen zu übergeben gewagt? — Es gibt keine Prinzen mehr! und hier — haben weder Prinzen noch Deutsche mehr was zu sagen ...

Hertha, Hertha! was mußte du durchgemacht haben —? Und dein unglücklicher, verzweifelter Vater ... Als sich die Ketten nahen, die eigenen Völk- und Heimatsgenossen und die neuen menschlichen Brüder von über dem Meer — da lag Hertha Kerstens blutige Gestalt mit vielen, vielen anderen in einem roh aufgeworfenen Massengrab außerhalb des schwer heimgesuchten Städtchens W ... Blutrot war der Schnee ringsum gefärbt ... Rote Rosen ...

Schreit das Brüder- und Schwesternblut nicht mehr zum Himmel —?

Ein Notschrei der Deutschen in Polen.

Wenn nicht schnell Hilfe kommt, sind in den an Polen abgetretenen Provinzen Posen und Westpreußen die deutschen Schulen dem Untergang geweiht. Im besetzten Posener Gebiet gibt es schon meilenweit keine deutschen Schulen mehr. Die deutschen Schulkinder sind entweder ohne Schule oder sie besuchen die polnische. Diese Zustände drohen auch über die Deutschen des noch unbefetzten Abtretungsgebietes zu kommen.

Wird das deutsche Schulwesen hier nicht gesichert, so kann sich deutsche Sprache und Kultur in Polen nicht lange halten.

Die Heimat hat so oft versprochen, sie wolle „die deutschen Brüder im Osten nicht vergessen“. Heute kann sie zeigen, ob es ihr mit dem Gelübde ernst war. Zur Erhaltung der deutschen Schulen sind reichliche Geldmittel nötig.

Der Deutsche Schulverein in Polen, Sitz Bromberg, hat sich der deutschen Schulinteressen angenommen. Er ruft die Heimat um rasche Hilfe an, um selbst noch rechtzeitig helfen zu können. Er bittet Geldspenden an die Diskontogesellschaft in Danzig für „Deutschen Schulverein in Polen“ zu richten.

Deutsche, helft euren verlassenen Volksgenossen im Osten!

Reichswirtschaftsminister Schmidt: Wir haben bei Aufhebung der Zwangswirtschaft natürlich mit höheren Preisen gerechnet, aber allerdings nicht mit so ungeheurer Steigerung. Trotzdem sprechen schwerwiegende Gründe für die freie Lederwirtschaft. Ohne die Zufuhr aus dem Auslande kommen wir nicht aus. Ist die Zufuhr aber frei, dann kann im Inlande umwälisch die alte Zwangswirtschaft mit Höchstpreisen aufrecht erhalten werden, die niedriger sind als die Weltmarktpreise. Eine Kontrolle, ob in- oder ausländisches Leder verwendet worden ist, ist undurchführbar.

Die Forderungen der Landwirte, daß der Konjunkturgewinn in Leder ihnen vollkommen zugeführt wird, ist ungerecht, niemand darf jetzt übermäßige Gewinne machen. Daher wird der Gewinn verteilt auf den Landwirt, die Gemeinden und das Reich. Damit könnten die Landwirte zufrieden sein.

Die Schuhindustrie, das hat eine Umfrage ergeben, steht ausschließlich auf dem Standpunkt der freien Lederwirtschaft. — Wir müssen jetzt den Markt eine Zeitlang ruhig unter dieser Konjunktur lassen, um die Möglichkeit zu schaffen, daß ein vermehrtes Angebot eine Preisfrenkung herbeiführt. Tritt wirklich keine Besserung des unerträglichen Zustandes ein, dann müssen wir irgendein Abhilfsmittel zu finden suchen.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird mit der nunmehr erscheinenden Besprechung ein deutsch-nationaler Antrag anstatt verbunden, der einen Abbau der Zwangswirtschaft, besonders auf landwirtschaftlichem Gebiete verlangt. Ebenfalls verbunden wird ein ähnlicher Antrag Dr. Mollat (Dem.).

Abg. Vergmann (Frt.) befragt die Lederfrage vom Standpunkte des Schuhwarenabfabrikanten. Hätten wir die Häute- und Lederwirtschaft nicht freigegeben, so würden wir heute weniger Schuhe und Leder und noch höhere Preise haben. Wir haben jetzt eine jährliche Produktion von 30 bis 35 Millionen Paar Stiefeln. Eine Reduzierung der Preise muß herbeigeführt werden, für eine neue Zwangswirtschaft sind wir aber nicht zu haben.

Abg. Herrmann-Württemberg (Dem.): Wer jetzt Nahrungsmittel oder notwendige Kleidungsstücke ins Ausland verschiebt, um des Eigennutzes willen, ist ein Verbrecher. Man muß es sich aber sehr überlegen, ob man auf allen Gebieten ohne Ausnahme die freie Wirtschaft einführen soll. Durch eine planmäßige Befestigung der Zwangswirtschaft wird eine allmähliche Anpassung der Inlandspreise an die Weltmarktpreise erzielt werden.

Mit Ausbruch der Revolution sind etwa 50 Prozent des Gefalles im Wege des Schleifhandels vertrieben. Wenn das Handwerk auf die Zuteilung der Beschärden angewiesen wäre, hätte es aussterben müssen. Welche Gründe hat die Regierung gehabt, die Vorschläge auf Einführung von Übergangspreisen für Leder- und Schuhwaren abzulehnen. Die Vorschläge hätten die wilde Preistreibeerei verhindert. Der Schwerpunkt der Versorgung mit Schuhwerk ist am besten in die Gemeinde zu verlegen. Bei der Verteilung des Konjunkturgewinnes am Leder müßte die Landwirtschaft in erster Linie berücksichtigt werden. Mit allen Mitteln muß für eine schnelle Verteilung der vorhandenen großen Bestände an Leder und Textilien gesorgt werden.

Abg. Weßlich (Dnatl.): Auch ein großer Schuhmachervereinigungsverband mit 8000 Mitgliedern tritt für Freigabe des Lederhandels ein. Die kleinen Betriebe haben das Wirtschaftsleben aufrecht erhalten. Dafür wollte man ihnen das Arbeitsmaterial wegnehmen. In den hohen Preisen ist zum großen Teil der Niedergang der Wälder schuld, nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft, denn die Preissteigerung ist in der Gesamtindustrie eingetreten. Nur die freie Wirtschaft wird das deutsche Volk hochbringen.

Abg. Hugo (D. Vp.): Daß unsere Schuhversorgung so schlecht bestellt ist, ist nicht nur auf den Mangel an Schuhen zurückzuführen, sondern auf die Vermahnung in der Geschmacksrichtung. Für Kurzschuhe wird jeder Preis bezahlt. Mindestens können wir aber nicht mehr verarbeiten, weil das Publikum diese Stiefel ablehnt. Die Lederindustrie ist gezwungen, die Produktion in deren Ledern vollständig einzustellen.

Abg. Simon (U. Soz.) warnt vor Aufhebung der Zwangswirtschaft. Eine Preisfrenkung wird erst mit der Besserung der Wälder kommen.

Das Haus verläßt sich auf Dienstag 1 Uhr. Tagesordnung: Anfragen, Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat den Ehrenvorsitz über den Ehrenrat des Deutschen Heimatbundes Posener Flüchtlinge übernommen.

Die praktische Vorbereitungszeit der Referendare soll in Kürze gesetzlich von vier auf drei Jahre verkürzt werden.

Auf der Delegiertenversammlung des Reichsverbandes der deutschen Presse in Aschaffenburg kam der einstimmige, feste Wille zum Ausdruck, die wichtigsten Bürgerpflichten für die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Journalisten gegen alle Widerstände auf gewerkschaftliche durchzusetzen.

In dem Befinden des Abg. Haase ist infolge Blutvergiftung eine nicht unbedeutliche Verschlimmerung eingetreten.

Die Beilegung der bayerischen Regierungskrise. In einer Entschließung der Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Partei wird darauf hingewiesen, daß die bayerische Volkspartei und die demokratische Partei auf ihren Bundeskonferenzen den Wunsch zum Ausdruck gebracht haben, daß die jetzige Regierung unter dem Ministerpräsidenten Hoffmann in ihrer bisherigen Zusammensetzung weiter bestehe. Damit sei die gemeinsame Verantwortung für alle bisherigen und weiteren Regierungsmaßnahmen festgelegt und die Grundlosigkeit der maßlosen Angriffe gegen die sozialdemokratischen Regierungsmittelglieder in aller Form anerkannt. Die sozialdemokratische Landeskonferenz habe angelehnt dieser Tatsache und der für den Winter zu erwartenden großen Schwierigkeiten nicht die Verantwortung dafür übernehmen können, daß das Land durch den Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus der Regierung aufs Neue den schwersten Erschütterungen ausgesetzt werde und die politischen, kulturellen und sozialen Errungenschaften der Revolution gefährdet würden. — Damit ist die bayerische Regierungskrise beigelegt.

Die Goldmillion im Fall Mannheim. Der deutsche nationale Abgeordnete von Graefe hatte an die Regierung die Anfrage gestellt, ob das Reich direkt oder indirekt an der Vergabe der einen Million Mark in Gold beteiligt sei, die angeblich von privater Seite der Regierung zur Befriedigung der französischen Ansprüche im Fall des französischen Sergeanten Mannheim, der seinerzeit in Berlin niedergestochen worden ist, zur Verfügung gestellt worden ist. Auf diese Anfrage hat jetzt der Reichsminister des Auswärtigen schriftlich erwidert, daß er die Anfrage mündlich in der Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 7. Oktober dieses Jahres beantwortet habe, da die Erörterung der Angelegenheit vor der Öffentlichkeit zurzeit aus Gründen der äußeren Politik unerwünscht sei.

Die Errichtung der deutschen Zollgrenze im Westen aufgeschoben. In einer Konferenz von Vertretern der Handelskammer Saarbrücken und der Oberzolldirektion Köln wurde, wie verlautet, beschlossen, die Errichtung der deutschen Zollgrenze vorläufig aufzuschieben. Bestimmungsgemäß hätte die neue Zollgrenze schon am 1. Oktober errichtet werden müssen. Der Grund für den Aufschub liegt in den technischen Schwierigkeiten, die einer sofortigen Durchführung des Zollwehens an der neuen Grenze entgegenstehen.

Die Abstimmung in Schleswig. Der Minister für Schleswig, Hansen, teilte einem Vertreter der Rensburger „Politiken“ mit, daß der Friedensvertrag in der Mitte dieser Woche in Kraft treten werde, und daß zehn Tage nachher Deutschland das gesamte Abstimmungsgebiet in Schleswig, also erste und zweite Zone, geräumt haben müsse. Man rechne damit, daß die internationale Kommission Ende nächster Woche in Flensburg eintreffen und daß die Abstimmung in der ersten Zone Mitte November stattfinden werde. Sobald die Abstimmung stattgefunden habe, habe Dänemark das Recht, das Land sofort zu besetzen, obwohl es noch nicht dem dänischen Staate übertragen sei. Selbstverständlich werde Dänemark von diesem Rechte Gebrauch machen. Auch die Abstimmung in der zweiten Zone werde beschleunigt werden. Nach dem Friedensvertrag soll sie spätestens fünf Wochen nach der Abstimmung in der ersten Zone stattgefunden haben, aber er, der Minister, könne sagen, daß sie weit früher abgehalten werde, d. h. also, daß beide Abstimmungen vor Weihnachten vorgenommen werden würden.

Umwandlung des Deutschen Flottenvereins. Die Mitgliederzahl, welche die Novemberereignisse beim Deutschen Flottenverein nach sich gezogen haben, hat den Gesamtvorstand veranlaßt, einer Namensänderung näher zu treten. Am letzten Sonntag trat der Verein zu seiner 16. ordentlichen Hauptversammlung zusammen, die durch Delegierte aus allen Teilen des Reichs, auch aus den besetzten Gebieten, besetzt war. Nach einer kurzen Besprechung wurde gegen zwei Stimmen beschlossen, den Verein künftig „Deutscher Seeverein“ zu nennen. Seine Zwecke werden in der Satzung wie folgt festgelegt: „Der Deutsche Seeverein will — über den Parteien stehend — das gesamte deutsche Seewesen fördern, insbesondere zu dem Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte, der Wiederaufrichtung des deutschen Seehandels und der deutschen Seefischerei, sowie der überseeischen Tätigkeit der Deutschen beitragen. Der Deutsche Seeverein will sich ferner der Angehörigen des Seemannsstandes annehmen.“ Diese Ziele fanden einstimmig Annahme. Es wurde beschlossen, im Reich ein Flugblatt zu verbreiten, das über die Ziele des Deutschen Seevereins aufklären soll.

Die Erhaltung der Nationalen. Der Zerkerungsprozeß innerhalb der sozialistischen Parteien ist noch nicht zu Ende. Aus der alten Sozialdemokratie sind bereits drei Parteien, Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten hervorgegangen. Jetzt haben sich letztere abermals getrennt. Wie die Zentralleitung der kommunistischen Partei in dem Erfurter Blatt „Der Kommunist“ mitteilt, hat sich die ebenfalls kommunistische „Rote Fahne“ in Berlin auf den Boden der revolutionären Betriebsorganisation gestellt. Damit sei im fundationalistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen in besonderen verneint. Das Berliner Parteiblatt der Kommunisten wird daher von deren Weltansicht als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet. — Die revolutionären Betriebsorganisationen haben sich die Zerstörung der Gewerkschaften, des Nationalrates der sozialistischen Parteien, zum Ziel gesetzt.

Rundschau im Auslande.

In Rußland, Sibirien und Turkestan befinden sich zur Zeit noch 200 000 deutsch-österreichische Kriegsgefangene.

Der Rektor der Wiener Universität hat im Namen aller österreichischen Hochschulen bei der Regierung einen scharfen Protest gegen die beabsichtigte Veräußerung von Kunstschätzen zum Zwecke der Beschaffung von Lebensmittelfreiditen überreicht.

Die belgische Regierung hat für handrechtliche Erschießungen von Belgiern durch die deutschen Besatzungstruppen 960 Millionen Franken Schadenzins angemeldet.

Nach südslavischen Meldungen befindet sich ganz Albanien im Aufstand gegen die Italiener.

Oesterreich: Verfallsrechtlichkeitsversuche.

Die Auslassungen des Wiener Nordwestes lassen den Grafen Berchtold nicht ruhen. Wie die „Times“ aus New York melden, hat er in einem Telegramm nach New York an den amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand zum österreichischen Ultimatum an Serbien unter anderem mitgeteilt, daß zahlreiche Unterredungen, die er mit dem deutschen Vorkämpfer in Wien geführt hatte, auf ihn keinen anderen Eindruck hätten machen können, als den, daß die deutsche Regierung erwarte, Oesterreich solle an Serbien den Krieg erklären. Die mit dem deutschen Gesandten zu Beginn des Monats Juli 1914 geführten Gespräche hätten ihn davon überzeugt, daß Deutschland, wenn Oesterreich in dieser Angelegenheit nicht energisch genug aufträte, es (Oesterreich) bei der nächsten Gelegenheit nicht mehr unterstützen würde. Berchtold teilt außerdem an Wiegand mit, daß der deutsche Vorkämpfer in Wien, v. Tschirschky, über die Hauptpunkte des Ultimatus an Serbien noch vor der endgültigen Redaktion unterrichtet und ihm der Text zwei Tage vor der Abfertigung ausgehändigt worden sei.

Ungarn: Der Abzug der Rumänen aus Ungarn.

Die Rumänen haben jetzt begonnen, die westlichen Teile Ungarns, zum Beispiel Raab und Stuhlweißenburg, zu räumen, wobei sie in unerschöpflicher Weise Requisitionen vornehmen, Fabriken abmontieren und Maschinen und Wohnungseinrichtungen wegnehmen. Ganze Jagde mit geräuschtem Gut wurden von den rechtmäßigen Besitzern um Hunderttausende wieder zurückgekauft. Die Rumänen schenken auch ungarisches Staatsvermögen keineswegs. Als sie im Ministerium des Inneren das Telefongerät rauben wollten, rief man die englische Militärmission zu Hilfe. Ein britischer General verjagte eigenhändig die Plünderer mit der Peitsche. Die alliierten Missionen, die zu den Rumänen in sehr unfreundlichem Verkehr stehen, lassen von der Bevölkerung alles genau notieren, was requiriert wird, und gedenken, diese Liste auf der Pariser Konferenz den Rumänen zwecks Aufrechnung vorzulegen. Die von den Rumänen geräumten Ortschaften wurden von der Weißen Garde besetzt. Erste Unruhen drohen in der Slowakei, wo große Waffenslager durch Grenzschmuggel gesammelt wurden und wo die gegen die Tschechen erbiterte Bevölkerung einen Aufstand vorbereitet, um die Selbstständigkeit zu erklären.

Rußland: Ein Fluchtversuch Lenins.

Nach Meldungen bolschewistischer Blätter hat die russische Sowjetregierung beschlossen, angesichts der vielen Gefahren, die sie bedrohen, einen fliehenden Wärfelzug einzuführen. Die Gerüchte über die Ermordung Lenins finden durch die russischen Blätter keine Bestätigung. Andererseits spricht manches für die Auffassung, daß Lenin verhaftet hat, Rußland heimlich zu verlassen. Sein Fluchtversuch soll jedoch bemerkt worden sein, worauf man ihn festnahm und in einer kleinen Stadt in der Nähe Moskaus internierte.

Die Volkshochschulbewegung

zieht immer weitere Kreise. In Stadt und Land werden Volkshochschulkurse eingerichtet; in Zeitungen und Zeitschriften wird darüber geschrieben. Trotzdem begegnet man häufig der Frage: „Volkshochschule, was ist das eigentlich?“

Schon der Name gibt Antwort: es ist eine Bildungsanstalt für das Volk. Die Universität oder die technische Hochschule können nur von solchen benutzt werden, welche die Zeit und das Geld haben, eine höhere Schule durchzumachen. Die Volkshochschule aber verlangt keine Zeugnisse, sondern ist jedermann zugänglich. Sie setzt nur die Ausbildung voraus, welche sich jeder Deutsche in der Volkshochschule erworben hat. Ist er hernach durch die Fortbildungsschule gegangen, nun, so ist das um so besser; gefordert wird auch das nicht.

Was aber bedeutet es, daß man von Volkshochschule spricht? Das klingt so hochtrabend, als wollte diese Schule mit den hohen Schulen, mit den Universitäten, in Wettbewerb treten. Das ist nicht die Absicht. Die Universität will Gelehrte schulen und die Ausbildungsstätte für solche sein, die später einen akademischen Beruf ergreifen wollen. Dies Ziel kann und will sich die Volkshochschule nicht setzen. Sie wäre ein Unglück für unser Volk, wenn sie die

Menschen ihrem schlichten Beruf, etwa der Landwirtschaft und Handarbeit, entfremdete und dem akademischen Beruf zuführte. „Hochschule“ nennt sie sich, aus einem anderen Grunde. Sie hat es nur mit Erwachsenen zu tun. Personen unter 18 Jahren passen nicht in sie hinein. Sie rechnet also mit Menschen, die nicht geschulmeister, auch nicht bevormundet werden, sondern sich ein selbstständiges Urteil bilden wollen. Der Unterricht wird also nicht ein Pauken, ein Eintrichtern von Wissen sein dürfen, er wird auch nicht die Sachen in bestimmtem Zuschnitt an die Zuhörer heranbringen dürfen, sondern er soll sie an die Dinge, an die Erscheinungen der Natur und Geschichte heranführen und sie anleiten, ohne irgendwelche Voreingenommenheit die Dinge zu sehen, wie sie wirklich sind.

Innerhalb der Volkshochschulbewegung kann man zwei Richtungen unterscheiden: die eine hat das Ziel, ihre Besucher in viele Gebiete des Wissens einzuführen. Ein jeder wählt sich die Vorlesungen aus, die seinen Neigungen und Bildungsbedürfnissen entsprechen. Die andere stellt ihre ganze Arbeit unter dem Gesichtspunkt der Heranbildung deutsch-christlicher Persönlichkeiten. Darum unterrichtet sie nur in solchen Fächern, die der Persönlichkeitsbildung am meisten dienen. Lebenskunde, Deutsch, Geschichte, Naturkunde und Lebensübungen sind die Hauptfächer.

Eine Volkshochschule dieser zweiten Art soll am 1. November in Bethel bei Bielefeld eröffnet werden. In einem alten Bauernhause wird sie für 22 Besucher eingerichtet werden. Mit ihnen zusammen wohnt die Familie des Leiters, so daß das Haus mehr einer Familie als einer Schulanstalt gleichen wird. Ihren besonderen Charakter erhält die Schule dadurch, daß sie von christlichem Geist beherrscht und getragen sein soll. So steht in ihrem Lehrplan auch Bibellektüre. Da sie in erster Linie auf Besucher aus den Kreisen der Landbevölkerung rechnet, werden 6 Stunden wöchentlich der Weiterbildung in Landwirtschaftslehre, Obst- und Gartenbaukunde gewidmet sein. Der 1. Lehrgang soll 4 Monate dauern. Die Kosten betragen 400 M. Alles Nähere über Lehrplan und Aufnahmebedingungen ist durch den Leiter, Pastor Burchardt, Bethel bei Bielefeld zu erfahren.

Kirche, Schule und Mission.

1. Jahresversammlung der Luther-Gesellschaft.

Die im September v. J. in Wittenberg gegründete Luther-Gesellschaft hielt am 7. d. M. daselbst ihre reich besuchte 1. Jahresversammlung unter Leitung des Vorsitzenden Geheimrat D. Dr. Eucken-Jena ab, der in seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung Luthers für die Gegenwart hervorhob. Der Mann, der einst zum ganzen deutschen Volke, ja zur Menschheit gesprochen, habe heute noch und heute besonders als Reformator der Kirche und der ganzen Welt unendlich viel zu sagen, und sein unersetzbares Erbe müsse zur geistig-ethischen Erneuerung unseres armen zertrümmerten Volkes nach den verschiedenen Richtungen hin befruchtend beitragen. Nach dem von Pfarrer Kollé-Wittenberg erstatteten Geschäftsbericht betrug die gegenwärtige Zahl der Mitglieder 920 (gegen 400 bei der Begründung). Durch Flugblätter und einschlägige Schriften, die eine bedeutende Bereicherung erfahren werden, durch Veranstaltung von „Lutherabenden“, Ausbau der Ortsgruppen usw. wird die Gesellschaft in breiter Öffentlichkeit für ein volkstümliches Verständnis der lutherischen Gedankenwelt zu wirken suchen. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen zwei tiefgreifende und tiefwirkende Vorträge von D. Eucken über „Luther und die geistige Entwicklung 1920 eine Einladung nach Berlin vorliegt, und ein Luther-Bach-Abend in der Schloßkirche bildeten den Abschluß der eindrucksvollen Tagung, für deren nächste Veranstellung 1920 eine Einladung nach Berlin vorliegt.

Eine christliche Weltkonferenz.

Anfang dieses Monats trat in Dub Basseder (Holland) der Internationale Ausschuss des „Weltbundes für Friedensarbeit der Kirchen“ zu seiner 1. Tagung nach dem Kriege zusammen, um über die Fragen des geistlichen Wiederaufbaues der christlichen Welt zu be-

raten. Vierzehn Staaten, darunter Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Italien, Nordamerika hatten Vertreter entsandt. Von allen Seiten betätigte sich ein geradezu erhebender Wille zur christlichen Verständigung. Einstimmig angenommen wurde unter anderem nach einem tiefwirkenden Vortrag von Prof. D. Richter-Berlin eine Entschließung zugunsten der schwer geschädigten deutschen Heidenmission. Die Besprechung der Frage nach dem Schicksal der unierten evangelischen Gemeinden in den an Polen abzutretenden Gebieten, für die sich Geheimrat Professor D. Deißmann-Berlin eindrucksvoll verwendete, mündete in einem einstimmig angenommenen Antrag des Dean von Worcester, das Komitee des Weltbundes zu beauftragen, alle Schritte bei den in Betracht kommenden Instanzen zu tun, um die Freiheit der evangelischen Kirchen (unter ausdrücklichem Hinweis auf die polnischen Gemeinden) zu sichern. Ebenso wurde einstimmig eine an die erste Tagung des Völkerbundes zu richtende Resolution beschlossen, die unter anderem die für Deutschland wichtigen Forderungen enthält: Aufnahme jeden Staates in den Völkerbund, der einzutreten wünscht und die Satzungen anerkennt, und Schutz der kulturellen und religiösen Rechte der Minoritäten in den politisch umgeordneten Gebieten. Der amerikanische Delegierte Dr. Frederick Lynch verwahrte sich in seiner Schlussrede u. a. dagegen, daß man von Deutschland, nicht aber von Amerika die Abrüstung verlangt habe. Der „Weltbund“ habe eine Atmosphäre des rückhaltlosen Vertrauens zu dem neuen Deutschland zu schaffen.

Deutschland war in der Konferenz außer den Genannten durch Präsident D. Spicker-Berlin als Führer der Abordnung, Direktor Lic. theol. Siegmund-Schulze und Dr. Schärfer vertreten.

Verchiedenes.

„Berlin ohne Fleisch.“ Nach monatelangen, erfolglosen Bemühungen, die äußerst mangelhafte Versorgung Groß-Berlins mit Fleisch aufzubessern, hat der Magistrat neben telegraphischen Vorstellungen beim Ministerpräsidenten, beim Staatskommissar für Volksernährung und beim Landesfleischamt erneut eine Eingabe an den Reichswirtschaftsminister gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß für die vergangene Woche immer noch 900 000 Pfund Fleisch ausbleiben und für diese Woche überhaupt noch kein Fleisch geliefert worden ist. Der Magistrat spricht die Erwartung aus, daß die Regierung die nötigen Mittel anwenden wird, um endlich diese unerträglichen Zustände zu beseitigen.

Auf dem Glasberge bei Grassitz (Böhmen) wurde das hölzerne Feuerwehrturmhaus „entzündet“.

Die ausständigen Schiffbauernschaften in Hamburg beschließen, die Gildensammer wieder zu besetzen.

Vor dem Münchener Volksgericht begann am Montag der zweite Prozeß wegen der Ermordung der Geiseln unter der Kaiserherrschaft.

Letzte Nachrichten.

Ein Ultimatum des Obersten Vermont an Lettland.

Der nach Clemenceaus Worten angeblich besiegte Führer der weißrussischen Armee Oberst Vermont sandte der lettischen Regierung ein Ultimatum, in dem er eine vollständige Neuorientierung ihrer Politik verlangte. Die lettische Regierung überließ sich nach Rodenpols; gegenwärtig ist Riga noch in lettischer Besatz. Das lettische Pressebüro meldet: Anträge in Richtung Kefau, Friedland und Dai unter Teilnahme von Panzerzügen und Flugzeugen. Engländer und französische Kriegsschiffe liegen vor Riga geschleift. Die lettische Regierung richtete ein Hilfsgeschäft an die Alliierten, die Polen und Estland. Letzteres hat bereits Truppen und Kriegsschiffe entsandt. Unter den Offizieren und Mannschaften der gegen Riga vorrückenden estnischen Nordwestarmee scheinen starke Stimmungen für Vermont vorhanden zu sein, so daß die estnische Regierung bereits unruhig ist und eine besondere Überwachung der russischen Militärs angeordnet hat.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Hermannstr. 24, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld, Schillerstr. 14. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Sendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Bielefeld, Bethel bei Bielefeld. — Volkskassente 7222 Hannover.

Wir empfehlen folgende

zu Geschenken
besonders geeignete
Scheinungen von 1919:

Weltgeschichte

von Hans Helmolt, 2 Bände
im Erschein. Mit etwa 1000
Bilder, 200 farbigen und
schwarzen Tafeln, 60 Karten,
gebunden. 225 Mark

Geographie der

Deutsches Lese-

von Prof. Dr. Vogt
und Prof. Dr. Koss
4 Bände, 100 Tafeln, 32
Farbbilder, 32 Karten,
32 Beilagen, 5 Bände, geb. 25 Mk.

Geographische Bilder-

atlas von Europa, von
Dr. W. Gerding, 664 Bilder mit
erläuterndem Text, geb. 16 Mark

Hierzu der Generallieferung.

Verlag des Bibliographischen Instituts A. G., Leipzig

In beziehen durch jede

gute Buchhandlung
oder unmittelbar von der
Verlagsbuchhandlung:

Kunstgeschichte

aller Zeiten und Völker von Prof.
Dr. Karl Voormann, 2 Bände
im Erschein. Mit etwa 200
Farbbildern und 300 farbigen
und schwarzen Tafeln, 6 Bände,
gebunden. 150 Mark

Die Pflanzen-

welt

von Prof. Dr. Otto
Warburg, 1000
Farbbildern und 80 Tafeln, 30
Bände, geb. 25 Mk.

Duden, Rechtschreibung der

deutschen Sprache u. der Fremdwörter, 21 000 Wörter und
Verbindungen, 9 Auflagen, Neubearb.
1919, Gebunden. 6,50 Mark

Preisänderungen vorbehalten.

Zahnpraxis W. Heidbrede

Bielefeld, Grabenstraße 22.

Sprechstunden: Vorm. 9—1, nachm. 2—7 Uhr.

Feinste Leder-Glanz-Creme

erhalten Sie stets frisch und
kaufen Sie vorteilhaft in Dosen
im Kleinhandel zu 60 Pfg.,
1,50 Mk. und höher von dem

Verkauf A. W. Huland,

Vertretung der Fabriken Berg-
neustadt (Rheinland).
Filialen: Düsseldorf, Merowinger-
straße 52; Lennep, Teichstraße 4;
Wesel a. Rh., Johann-Siegmund-
straße 10.

Fr. Werpel, Herford

Verkaufsstelle für
Musikinstrumente
Werpel, Herford

Verkaufsstelle für
Musikinstrumente
Werpel, Herford

Beiträgen

Erfolgt. Bezeichnung, Alter u. Ge-
schlecht angeben. Aust. unentgeltl.
Sanitäts-Depot Halle a. S. 200a

Der Christlich-nationale Verein e. V. St. Bielefeld

beruht die Förderung der Volksbildung und Volksernährung auf christlich-
nationalen Grundsätzen. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesen
Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben in ihrer ar-
beitsmäßigen Arbeit auszuwerten und zu veröffentlichen.

Nähere Auskunft erteilt Emil Hartwig, Dozent an der Evan-
gelisch-lutherischen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege
christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit
auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen
sind zu richten an Pastor D. Jaeger in Bethel b. Bielefeld.

Der Deutsche Guttempler-Orden (1067)

verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Verbundenheit, um
unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Ein-
fluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur
Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:

Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Was ist das Evangelium?

von Pastor S. Jaeger, Dozent
an der Theologischen Schule
zu Bethel.

Eleg. kartoniert, jur. gedruckt.

Statt 1.20 nur — 50.

„Es ist in unserer Zeit das
wichtigste Buch, das zu lesen
ist, denn es ist das Wort Gottes
selbst, das uns die Wahrheit
lehrt.“ (H. v. S. 10)

Bestellungen richtet man
freudig an das

Antiquariat der Buchh. Bethel,
Bethel bei Bielefeld.

Geriffene Strümpfe,

schöne, Baumwollene, Seiden,
Glücks werden schnellstens re-
pariert bei

M. Jungblut

Altküster, Herford, 20

Wer guten Verdienst

sucht, sende seine Adresse unter
H. S. an die Exp. d. Ztg.